



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Störfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag in seiner 21. Tagung über den Störfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel am 14. Dezember 2001 die atomaufsichtlichen Maßnahmen der Landesregierung zu seiner Aufklärung und zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung sowie über mögliche Konsequenzen aus den Vorgängen für das AKW Brunsbüttel und ggf. für weitere baugleiche Reaktoren zu berichten.

Wilhelm Malerius
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion